



Vorlagennummer: AT/12499/26
Vorlageart: Antrag
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Antrag "Resolution zum Produktionsstandort von H.B. Fuller in Lüneburg" (Antrag der SPD-Fraktion vom 09.06.2026, eingegangen am 09.06.2026)

Datum: 10.06.2026
Federführung: 01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Organzuständigkeit: RAT

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Verwaltungsausschuss	16.06.2026	N
Rat der Hansestadt Lüneburg	01.07.2026	Ö

Beschlussvorschlag

Der Rat der Hansestadt Lüneburg übermittelt folgende Resolution der Geschäftsführung von H.B. Fuller Deutschland, dem Betriebsrat des Standortes Lüneburg, der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE), dem Niedersächsischen Wirtschaftsministerium sowie den örtlichen Bundes- und Landtagsabgeordneten.

Mit großer Betroffenheit und erheblicher Sorge hat der Rat die Ankündigung der Unternehmensleitung von H.B. Fuller zur Kenntnis genommen, den Produktionsstandort in Lüneburg bis Sommer 2027 zu schließen und die Produktion ins Ausland zu verlagern. Von dieser Entscheidung sind rund 80 Beschäftigte unmittelbar betroffen.

Der Rat würdigt ausdrücklich die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über viele Jahre hinweg mit hoher Fachkompetenz, Engagement und Verlässlichkeit zum Erfolg des Standortes beigetragen haben. Die Beschäftigten tragen keinerlei Verantwortung für die nun angekündigte Schließung.

Die Hansestadt Lüneburg hat H.B. Fuller über viele Jahrzehnte hinweg als wichtigen industriellen Arbeitgeber geschätzt und begleitet. Der Standort ist Teil der industriellen Tradition unserer Stadt und steht zugleich für hochwertige Produktion und qualifizierte Arbeitsplätze.

Vor dem Hintergrund appelliert der Rat mit Nachdruck an die Unternehmensleitung von H.B. Fuller,

- die Entscheidung zur Schließung des Standortes nochmals kritisch zu überprüfen,
- alle Möglichkeiten zum Erhalt von Arbeitsplätzen auszuschöpfen,
- die Verhandlungen mit Betriebsrat und Gewerkschaft konstruktiv und auf Augenhöhe zu führen,
- den Beschäftigten umfassende Transparenz über die weiteren Planungen zu gewähren sowie
- einen Sozialplan und mögliche Transfermaßnahmen zu vereinbaren, die den Interessen und der Lebensleistung der Beschäftigten gerecht werden.

Der Rat erklärt seine Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Betriebsrat. Er unterstützt deren Bemühungen um den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze und um faire Perspektiven für alle Betroffenen.

Gleichzeitig fordert der Rat die Landes- und Bundespolitik auf, die Rahmenbedingungen für industrielle Wertschöpfung und Produktion in Deutschland nachhaltig zu stärken. Der Verlust von Industriearbeitsplätzen darf nicht zur Normalität werden.

Die Hansestadt Lüneburg steht bereit, gemeinsam mit allen Beteiligten nach Lösungen zu suchen und die betroffenen Beschäftigten bestmöglich zu unterstützen.

Sachverhalt

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Entscheidungen zum Unternehmensstandort Lüneburg von HB Fuller ausnahmslos in der Unternehmenszentrale von HB Fuller in den USA, St.Paul, MN getroffen werden bzw. bisher dort getroffen worden sind. Die Kommunikation läuft über die Geschäftsführung des Standortes Lüneburg direkt in die Unternehmenszentrale.

Die aufgezeigten Kommunikationsleitplanken wurden von Seiten HB Fuller noch einmal in einem Gespräch mit Vertretern des Betriebsrates, der IGBCE und der Hansestadt Lüneburg zum Ausdruck gebracht.

Die Verwaltung wird die politisch zu treffende Entscheidung umsetzen.

Anlage/n

Anlage 1: Antrag SPD Resolution H.B. Fuller (öffentlich)